Pressekonferenz von Walter Scheel (11. August 1970)

Legende: Am 11. August 1970 beantwortet der Bundesaußenminister Walter Scheel Fragen der Presse über die Unterzeichnung des Moskauer Vertrages.

Quelle: Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 12.08.1970, Nr. 107. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Pressekonferenz mit dem deutschen Bundesaußenminister (11. August 1970)", p. 1064-1067.

Urheberrecht: (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

URL: http://www.cvce.eu/obj/pressekonferenz_von_walter_scheel_11_august_1970-de-b3add0a1-c935-474c-8666-a8c92a6a59e5.html

Publication date: 02/07/2015

Pressekonferenz mit Bundesaußenminister Scheel am 11. August 1970

Frage:
Sie haben im Kabinett gesagt, Sie glaubten, mit der Unterzeichnung dieses Vertrages würden die Gespräche um die Zukunft Berlins gefördert. Welche Gründe haben Sie für diese Annahme?

BM Scheel:
Die Gespräche um Berlin sind bis nach der Sommerpause unterbrochen worden. Sie werden dann wieder aufgenommen. Es ist ohne Zweifel so, daß es einen Zusammenhang zwischen der Entspannungspolitik, die ganz Europa umfaßt, und einem der wichtigsten Punkte, nämlich Berlin, an dem Spannung gefährlich werden kann, gibt. In Berlin gibt es noch die Möglichkeit, Spannungen zu erzeugen. Die Vier Alliierten bemühen sich gemeinsam, diese Möglichkeiten zu begrenzen. Die Gespräche, die wir geführt haben, und der Abschluß des Vertrages haben einen Einfluß auf den weiteren Fortgang dieser Verhandlungen der Vier Alliierten über Berlin, und zwar - ich glaube, jeder wird mir hier folgen - einen positiven Einfluß.

Frage:
Welche Auswirkungen werden bei Ihren Gesprächen möglicherweise die heutigen Veröffentlichungen des Vertragstextes in der deutschen Presse haben?

BM Scheel:
Wir haben in Moskau keine Gespräche mehr zu diesem Vertrag, sondern wir fliegen heute nach Moskau, um den Vertrag zu unterzeichnen. Das einzige, was man zu den Veröffentlichungen insoweit sagen kann: Sie haben keine politische Wirkung mehr, sie schaden nur unserem Ansehen.

Frage:
Wie ist auf der Kabinettsitzung der Brief der Opposition beurteilt worden?

BM Scheel:
Die Bundesregierung hat von dem Brief Kenntnis genommen und sie hat vom Bundeskanzler seine Meinung gehört. Er wird diesen Brief unmittelbar nach der Rückkehr aus Moskau beantworten. Ich darf als ein vorläufiges Urteil sagen, daß der Brief eine Möglichkeit zu einem Gespräch mit der Opposition in diesen Fragen eröffnet.

Frage:
Hat das Kabinett über den Brief beraten oder ihn nur zur Kenntnis genommen?

BM Scheel:
Das Kabinett hat den Brief zur Kenntnis genommen und der Bundeskanzler hat dem Kabinett seine Meinung gesagt, wie er ihn behandeln will, nämlich ihn nach seiner Rückkehr beantworten.

Frage:
Haben Vertreter der Opposition diese Texte, die in der WELT und in BILD veröffentlicht sind, gesehen?

BM Scheel:
Ja. Vorgestern schon. Aber ich möchte daraus keinerlei Beziehungen herstellen; das möchte ich eindeutig betonen.

Frage:
Warum wurden die Exemplare nicht in gleicher Weise eingesammelt wie auf der Kabinettsitzung?

BM Scheel:
Es ist nötig gewesen, einzelnen Mitgliedern der Fraktionen einen Text zu überlassen zur sorgfältigen Vorbereitung der in den letzten Tagen vereinbarten Unterhaltungen über den Stoff. Außerdem ist der Zeitraum bis zur Unterzeichnung sehr kurz.

Frage:
Eine befriedigende Regelung der Berlinfrage in unserem Sinne, die wir zur Voraussetzung für eine Ratifikation machen würden, setzt doch die vier Punkte, die Sie mehrmals erwähnt haben - Zufahrtswege usw. -, voraus?

BM Scheel:
Die Verhandlungen über Berlin werden nicht von uns geführt, sondern von den Alliierten. Ich habe hier und an anderer Stelle mehrfach die Verhandlungsgegenstände genannt. Diese haben sich nicht geändert, so daß wir also das, was eine befriedigende Regelung genannt werden kann, genau kennen. Hier brauchen wir im übrigen auch keine weiteren Instruktionen von irgendeiner Seite. Darüber haben wir uns seit langer Zeit auch mit unseren Verbündeten unterhalten und sind in vollem Einvernehmen mit ihnen.

Frage:
Die CDU hat in Ihrem Brief die endgültige Würdigung des Vertrages nicht nur von einer befriedigenden Berlinlösung abhängig gemacht, sondern auch vom Verhältnis zwischen beiden Staaten in Deutschland. Ist das auch Ihre Meinung?

BM Scheel:
Sie wissen, daß die Bundesregierung immer schon einen engen Zusammenhang gesehen hat zwischen den Verhandlungen mit der Sowjetunion und Polen und zukünftigen Verhandlungen mit der Tschechoslowakei und den Gesprächen mit der DDR. Dieser Zusammenhang besteht. Wir haben ihm durch einen der Leitsätze Ausdruck gegeben, die Herr Bahr in Moskau mit Herrn Gromyko vereinbart hat. D. h. allerdings nicht, daß alle diese Bemühungen, Verträge, Abkommen und Vereinbarungen an einem Tage unterzeichnet oder an einem Tage im Bundestag behandelt werden müßten, Hier, glaube ich, muß man sich die Flexibilität erhalten, die nötig ist, wenn man einen so weiten politischen Komplex zu lösen sich vorgenommen hat.

Frage:
Heißt das, daß die Bundesregierung einen Vertrag mit Moskau erst dann dem Parlament zur Ratifizierung vorlegen würde, wenn bis dahin noch keine Fortschritte im Verhältnis zwischen Bonn und Ostberlin erkennbar sind?

BM Scheel:
Das hängt von den dann vorliegenden Bedingungen ab.

Frage:
Hat das Kabinett beschlossen, Kossygin nach Bonn einzuladen, oder hat es die alte Einladung erneuert?

BM Scheel:
Darüber ist kein Beschluß gefaßt worden. Es hängt von den Gesprächen des Bundeskanzlers in Moskau ab.

Frage:
Sie haben von der wirtschaftlichen Motivation der Sowjets zum Vertragsabschluß gesprochen. Können Sie etwas ausführen, wie wir dieser Situation Rechnung tragen werden?

BM Scheel:
Die Sowjetunion, so habe ich gesagt, hat als Motiv sicherlich auch ihre eigene wirtschaftliche Lage herangezogen. Sie weiß, der Abstand zu der Spitzengruppe in der Welt kann nur dann verringert werden, wenn ein Mehr an wirtschaftlicher und industrieller Kooperation mit den Ländern des Westens ermöglicht wird. Wenn man an industrielle Kooperation denkt, dann sind das langfristige Planungen. Die Sowjetunion will, so verstehe ich es, solche langfristigen Planungen nicht auf ungesichertem politischen Boden vereinbaren. Ihre Bemühungen gehen darauf hinaus, auch gesicherte politische Verhältnisse mit ihren Nachbarn in Westeuropa zu schaffen, darunter mit der Bundesrepublik Deutschland, die hier einen ganz besonderen Wert hat, weil sie im Zentrum Europas liegt und weil sie ein industriell bedeutender Partner der EWG ist. Das ist ein Motiv unter anderen. Es gibt auch noch andere, die die Sowjetunion veranlassen, eine

bessere Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern zu suchen.

Frage:
Sind in Moskau zu gegebener Zeit Wirtschaftsverhandlungen in Aussicht genommen?

BM Scheel:
Der Vertrag hat in der Präambel einen Abschnitt, der auf die zukünftigen Möglichkeiten der Zusammenarbeit hinweist. Aber konkret sind keine Wirtschaftsverhandlungen bisher vereinbart. Sie könnten sich aber in der Zukunft ergeben.

Frage:
Können Sie etwas über die Aussichten für Verhandlungen mit der CSSR und Ungarn sagen?

BM Scheel:
Ich habe mehrfach zu dem Problem der Verhandlungen mit der CSSR hier Stellung genommen. Ich meine, wir sollten hier die Zeit erst einmal ablaufen lassen, um einen gewissen Abstand von dem Moskauer Vertrag zu gewinnen und um beobachten zu können, wie er sich auf unser Verhältnis zu den übrigen Ländern des Warschauer Pakts auswirkt. Ich nehme an, daß wir in einer absehbaren Zeit auch zu einem Kontakt mit der CSSR kommen werden, denn wir haben ja auch in unseren Gesprächen mit der Sowjetunion darauf hingewiesen, daß vertragliche Regelungen mit der CSSR nötig sind. Wann solche Gespräche eröffnet werden können, wird der Ablauf der nächsten Monate zeigen.

Frage:
Wie beurteilen Sie nach den Moskauer Gesprächen die Chancen für eine Europäische Sicherheitskonferenz?

BM Scheel:
Die NATO-Länder haben in Rom eine Erklärung abgegeben, die die Pläne für eine Konferenz über europäische Sicherheit (KES) gefördert hat. Das war die Erklärung über die Reduktion von Truppen in Zentraleuropa. In der Zwischenzeit ist eine erhebliche diplomatische Aktivität entfaltet worden, um möglichst bald Vorarbeiten für eine Konferenz in Gang zu setzen. Der Abschluß des Vertrages hat auf die Pläne für eine solche Konferenz, so vermute ich, einen positiven Einfluß, weil die Mitglieder der NATO in ihren Beratungen immer wieder das Prinzip einer solchen Konferenz gutgeheißen, aber mit Recht darauf hingewiesen haben, daß man zunächst Fortschritte in bilateralen Beziehungen machen muß, um zu sehen, ob schon der Zustand erreicht worden ist, der auch eine erfolgversprechende Konferenz in Aussicht stellt. Der Vertrag ist ein Beispiel dafür, daß es zu einer Besserung kommen kann. Aber der eigentliche Testfall wäre der günstige Abschluß der Verhandlungen um und über Berlin.

Frage:
Hat man in Moskau an Sie den Wunsch herangetragen, die Bundesregierung möge sich bei ihren Verbündeten für die Einberufung einer solchen Konferenz engagieren? Wenn, ja, wie haben Sie reagiert?

BM Scheel:
Es gibt den Wunsch der Sowjetunion, der nicht jetzt, sondern früher an alle Mitglieder der NATO und andere Organisationen herangetragen worden ist, eine solche Konferenz zu begünstigen. Es gibt die Gespräche, die Herr Bahr in Moskau geführt hat, in denen auch darüber gesprochen worden ist, eine solche KES in Kürze vorzubereiten. Bei meinem Aufenthalt habe ich mich mit meinem Gesprächspartner, Außenminister Gromyko, weniger über den Zeitpunkt als vielmehr über den Gegenstand einer solchen Konferenz in einem umfassenden Gespräch unterhalten, dabei auch über unsere Vorschläge zum Thema Truppenreduzierung in Zentraleuropa. Aber einen Wunsch bei unseren Verbündeten für diese Konferenz zu werben, hat mein Gesprächspartner an mich nicht herangetragen. Wir stehen untereinander in diplomatischem Kontakt über dieses Thema.

Frage:
Im „Bulletin" vom 10. August 1970 schrieb Staatssekretär Bahr, in Ausführung dieses Vertrages wird die

sowjetische Regierung jetzt ihre interne Propaganda gegen die Bundesrepublik einstellen. Was ist aber, wenn sie diese Propaganda nicht einstellt? Könnte das den Ratifizierungsprozeß verzögern? Was ist, wenn diese Propaganda bis zur Ratifizierung eingestellt wird, um gleich danach wieder losgelassen zu werden?

BM Scheel:
Ein Vertrag ist soviel wert, wie man nachher, wenn er abgeschlossen ist, aus ihm macht. Verträge, die schön formuliert sind, aber nachher nicht ausgefüllt werden oder nicht ausgefüllt werden können, haben keinen großen Wert. Man kann insoweit den Vertrag in seiner geschichtlichen Bedeutung wahrscheinlich auch nicht jetzt beurteilen. Das kann man erst viel später tun. Wir werden das Unsere dazu tun, aus dem Vertrag das zu machen, was er sein soll, eine Möglichkeit der Verbesserung der Beziehungen nicht nur zwischen der Sowjetunion und uns und auch nicht nur zwischen der Bundesrepublik und den Ländern des Warschauer Paktes, sondern als eine Möglichkeit der Verbesserung der Beziehungen auf breiter Front in ganz Europa zwischen den west- und osteuropäischen Ländern und als einen Vertrag, der die Spannungen auch soweit sie weltweite Ausstrahlungen haben, vermindern soll. Was nachher wirklich mit dem Vertragstext angefangen wird, muß die Zukunft lehren und das wird in der Verantwortung der zukünftig verantwortlichen Politiker in beiden Ländern liegen.

Frage:
Was sagen Sie zur Äußerung von Senator Mansfield, der Vertrag sei eine gute Sache, weil er Amerika erlaube, seine Truppen zurückzuziehen?

BM Scheel:
Es gibt überhaupt nichts, was in Europa vorgeht, was Senator Mansfield nicht als Grundlage dafür ansehen würde, die Truppen zurückzuziehen.

Frage:
Zur Europäischen Sicherheitskonferenz. Haben Sie bei Ihren Gesprächspartnern auch darauf hingewiesen, daß nach Auffassung der Bundesregierung hier Fortschritte nur dann erzielt werden können, wenn zuvor ein Mindestmaß an Normalisierung zwischen beiden deutschen Staaten erreicht ist? Und welche Meinung hat Gromyko dazu vertreten?

BM Scheel:
Diese Stellungnahme kennt die sowjetische Regierung. Ich habe sie in unseren Gesprächen wieder erwähnt. Eine Antwort auf diese Meinung in direkter Form ist nicht zu erwarten und ist nicht erfolgt. Alles, was jetzt vorgeht, ist natürlich ein Versuch, nach dem Abschluß des Vertrages mit der Sowjetunion auch die übrigen notwendigen Vereinbarungen mit den Ländern des Warschauer Paktes weiter voranzutreiben. Insgesamt gehört das zu einer günstigen Vorbereitung auch einer Konferenz über europäische Sicherheitsfragen. Ob man mit den diplomatischen Vorbereitungen dieser Konferenz, die sicher sehr lange Zeit in Anspruch nehmen werden, zu einem früheren Zeitpunkt beginnt, hängt nicht von der Bundesrepublik und nicht von der Sowjetunion allein ab, sondern von den europäischen Ländern, den Vereinigten Staaten und Kanada, die als zukünftige Teilnehmer einer solchen Konferenz ihre eigene Meinung dazu sagen müssen. Man weiß noch nicht genau, wann die diplomatische Vorbereitung praktisch beginnen kann.

Frage:
Hatten Sie bei Ihrem Gespräch mit Gromyko zum Thema EWG den Eindruck, daß die Sowjets erwarten, Sie sollten sozusagen als Pfadfinder in den Kontakten zwischen COMECON und EWG fungieren?

BM Scheel:
Ich habe nicht den Eindruck gehabt, daß die Sowjetunion sich bei ihren politischen und diplomatischen Aktionen in Westeuropa eines Pfadfinders bedienen wollte. Wenn ich mit Herrn Gromyko über die EWG gesprochen habe, so in einem anderen Sinne. Ich habe meinem Gesprächspartner die Situation geschildert, wie sie ist, weil, wie ich glaube, auch die Sowjetunion von den Realitäten ausgehen muß, wenn sie europäische Politik betreiben will. Realität ist, daß wir in einem sich beschleunigenden Integrationsprozeß in Westeuropa begriffen sind, daß wir in wenigen Jahren, vielleicht schon zum Ende des nächsten Jahres, eine Wirtschaftsgemeinschaft mit zehn Mitgliedern haben werden, daß wir in zehn Jahren eine Wirtschaftsunion

und möglicherweise auch eine europäische Währung haben werden, daß diese EWG nicht nur ein bedeutender, sondern der größte Faktor auf dem Weltmarkt ist und daß wir in der gleichen Zeit in Westeuropa ein hohes Maß an politischer Zusammenarbeit entwickelt haben werden. Das ist die Realität, in der wir stehen. Ich habe Herrn Gromyko darauf aufmerksam gemacht, daß es nützlich wäre, wenn die Sowjetunion und die Mitglieder des Warschauer Paktes sich auf diese Entwicklung einstellen würden.

Frage:
Was hat er dazu gesagt?

BM Scheel:
Er hat diese Erläuterungen mit großer Aufmerksamkeit angehört. Wir haben im Anschluß daran ein interessantes Gespräch über allgemeine Fragen der Weltwirtschaftspolitik, der europäischen Handelspolitik und über die Fragen der möglichen Kontakte zwischen der EWG und COMECON gehabt.

Frage:
Verstehe ich richtig, daß Sie das Thema EWG angeschnitten haben?

BM Scheel:
Ich habe das Thema angeschnitten in einer Unterhaltung über viele andere Themen auch.

Von Wechmar:
Das Bundeskabinett hat den Bundeskanzler und den Bundesaußenminister heute beauftragt, in Moskau den Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken zu unterzeichnen.